

Positionspapier der JUSO Kanton Zürich zum Thema Lernende

Verfasser/innen: Nadja Sommerauer, JUSO Oberland, Pascal Wacker, JUSO Winterthur, Patricia Da Rugna, JUSO Winterthur, Paul Maetschke, JUSO Winterthur, Samuel Haffner, JUSO Unterland

5 Im Kapitalismus werden die Arbeitenden als Ware im Dienst des Kapitals ausgebeutet. Der Grad dieser Ausbeutung ist dabei bei Jugendlichen und speziell Lernenden besonders hoch. Dies liegt daran, dass Jugendliche keine konstante Gruppe sind, man bleibt nicht immer jung, und daher schwerer gewerkschaftlich zu organisieren sind. Auch sind sie politisch nicht wahl- und stimmberechtigt: man muss sich daher kaum vor ihren Stimmen fürchten. Dazu kommt, dass Jugendliche in der Regel von ihren Eltern finanziert werden können, man braucht ihnen daher auch
10 keine anständigen Löhne zu bezahlen. Weiter fehlt es Jugendlichen aufgrund ihrer naturgemäss erst kleinen Erfahrung oft an Wissen darüber, was ihre Rechte sind und sein sollten.

Als treibende linke Kraft weiss das die JUSO, dass unsere Jugend die Flamme der Revolution bildet. Als Partei des Sozialismus und damit der Arbeitenden ist es unser elementarstes Interesse, besonders auch die jungen Arbeitenden zu organisieren und für unseren Kampf zu gewinnen. Das
15 folgende Papier soll entsprechend eine politische Grundlage für die zukünftige Arbeit unter den Lernenden und jungen Arbeitenden bilden.

Lehre statt Leere!

20 Das bürgerliche Konzept, «Der Markt regelt alles von alleine», versagt ein weiteres Mal krass, wenn wir uns das Lehrstellenangebot in der Schweiz anschauen. So waren 2012 ca. 3.5% aller Jugendlichen arbeitslos. 19'417 junge Personen standen ohne berufliche Perspektive da. Nach den genaueren OECD-Zahlen waren es Ende 2013 gar 10.4%. Jugendliche die nie eine Berufslehre absolvieren konnten, sind besonders von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. So haben 75.8% aller Sozialhilfe-EmpfängerInnen keine Berufslehre abgeschlossen. Anhand dieser alarmierenden Zahlen
25 sieht man wie wichtig die Berufsbildung für unsere Gesellschaft und wie massiv das Marktversagen ist.

Der obligatorische Berufsbildungsfond im Kanton Zürich ist noch kein Allheilmittel sondern nur ein kleiner Schritt zu einer solidarischen Gesellschaft, deshalb muss der Bund auch darüber hinaus aktiv eingreifen. Das Ziel muss sein, dass kein Jugendlicher ohne Ausbildung ist. Eine Möglichkeit besteht
30 darin, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, welche Lernende ausbilden. Weiter müssen die Beiträge an den Berufsbildungsfonds von Seiten der Unternehmen, besonders derjenigen die keine Lernende ausbilden, erhöht werden.

Eine Berufslehre ist der Einstieg in das Berufsleben. Nach der Ausbildung rückt die Weiterbildung ins Zentrum. Diese kann z.B. die Berufsmatur erfordern. Vielen Lernenden wird die berufsbegleitende
35 Berufsmatur während der Lehre vom Lehrbetrieb jedoch wiederrechtlich verboten, da sie sonst zu viel in der Schule und zu wenig im Betrieb seien. Auszubildende dürfen aber nicht einfach nur als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Deshalb muss es jedem Lernenden offen stehen die BMS während der Lehre zu absolvieren. Betriebe die gegen dieses Recht verstossen, müssen hart bestraft werden.

40 Ausserdem muss die Zahl der spezialisierten Berufe und spezifischen Ausbildungen reduziert werden. Auch Jugendlichen ohne BMS sollte eine breite Grundbildung ermöglicht werden. Es braucht ausserdem Unterstützungskurse, damit eine berufliche Ausbildung trotz schulischen Schwierigkeiten ermöglicht werden kann.

Wir fordern:

- **Die Einführung eines nationalen Berufsbildungsfonds**
- 45 • **Eine Lehrstellengarantie**
- **Die Durchsetzung des Rechtes auf Weiterbildung**
- **Eine breite Grundbildung**
- **Vereinheitlichte und verbesserte Stipendien**
- 50 • **Mindestens zwei Stunden Arbeitszeit pro Woche muss zum Lernen für die Schule zur Verfügung gestellt werden**
- **Vollen Zugang der Gewerkschaften an den Berufsschulen**

Sicherheit auch für Lernende!

55 Jährlich verunfallen 24'500 Lernende am Arbeitsplatz. Die Meisten dieser Unfälle könnten verhindert werden. Doch Lernende können in der Realität nicht „Nein“ zu einer Arbeit sagen, bzw. sie wissen oft überhaupt nicht, welche Arbeiten in ihrem Beruf gefährlich sind. Auch durch ungenügende Einweisung in neue Arbeiten entstehen viele Unfälle. Oft werden auch Mängel nicht beseitigt, obwohl die Lernenden den Betrieb darauf aufmerksam machen.

60 Unfälle passieren auch, wenn viel zu lange gearbeitet wird – die tägliche Arbeitszeit darf 9 Stunden nicht überschreiten. Oft können sich die Lernenden aber gar nicht gegen viel zu lange Arbeitszeiten wehren. Ein weiteres Problem ist, dass viele Lernende gerade zu Beginn ihrer Lehre oft berufsfremde Arbeiten erledigen müssen. Im Durchschnitt verbringen Lernende im ersten Lehrjahr 50% ihrer Arbeitszeit mit berufsfremden Arbeiten – obwohl diese eigentlich verboten sind! Wenn Lernende die meiste Zeit damit verbringen, Botengänge zu erledigen oder zu putzen, lernen sie nichts, was für ihren
65 Beruf – und somit für die Abschlussprüfungen – wichtig ist. Wenn ein/e Lernende/r sich, nachdem das Gespräch im Betrieb gesucht wurde, ans Berufsbildungsamt wendet, wird oft alles nur noch schlimmer. Sie/Er gilt dann schnell als Nestbeschmutzer. Häufig kriegen Lernende zu hören, sie sollen dankbar sein, dass sie eine Lehrstelle haben und dass das halt so sei in einer Lehre. Oft verspricht der/die Berufsinspektor/in dem/der Lernenden im Gespräch Hilfe, fällt ihm/ihr aber dann in den
70 Rücken und verbündet sich mit dem/der Ausbildungsverantwortlichen. Dabei werden etwa andere Lernende aus dem Betrieb, im Beisein des Ausbildungsverantwortlichen, befragt und der Fall so anschliessend herunter gespielt.

75 Selbst wenn die Fronten total verhärtet sind – ein Lehrvertrag kann nur sehr schwer aufgelöst werden, ohne dass Lernenden Sanktionen in Form eines schlechten Arbeitszeugnisses drohen. Was eigentlich zum Schutz der Lernenden gedacht ist, macht ihnen zuweilen das Leben schwer. Einseitig kann ein Lehrvertrag nur aufgelöst werden, wenn schwerwiegende Gründe, wie etwa sexuelle Belästigung, vorliegen.

80 Wenn Lernende also mit ihrem Chef/Ausbildungsverantwortlichen überhaupt nicht klarkommen, dieser mit einer Auflösung aber nicht einverstanden ist, bleiben ihnen zwei Möglichkeiten: falsche Anschuldigungen aufstellen oder die Arbeit verweigern. Beides ist weder sinnvoll noch gut für das weitere Arbeitsleben. Wenn ein Betrieb einen Lernenden loswerden will, ist es deutlich einfacher. Falsche Anschuldigungen zu stellen ist in der Machtposition oder Ausbilder deutlich einfacher. Dann kann es heissen: „Du bekommst ein gutes Zeugnis, wenn du einer Auflösung zustimmst. Sonst können wir auch sagen, du hast geklaut.“

85 Die Zustände auf dem Berufsbildungsamt müssen verbessert werden, so dass die Interessen der Lernenden im Zentrum stehen. Bei der Suche nach einer neuen Stelle muss das Berufsbildungsamt die Lernenden aktiv unterstützen. Sie haben schliesslich die Bewilligung an den vorherigen Betrieb des Lernenden gegeben. Für die Lernenden vergeht viel Zeit, wenn sie den Lehrbetrieb wechseln wollen, und sie erhalten dabei kaum oder gar keine Unterstützung vom Amt.

90 Bewilligungen für Betriebe werden eigentlich nach strengen Regeln vergeben. Im Betrieb muss ein Berufsbildner angestellt sein, der für diese Bezeichnung einen 40 Stunden dauernden Kurs besucht hat. Diese Berufsbildner unterschreiben auch den Lehrvertrag. Ausserdem müssen Gerätschaften vorhanden sein, die für das Erlernen des Berufes wichtig sind. Welche Geräte und Einrichtungen vorhanden sein müssen, ist für jeden Lehrberuf geregelt. Diese Dinge sind aber nur wichtig, wenn ein Betrieb das erste Mal Lernende ausbilden möchte. Wenn der Betrieb bereits seit Jahren Lernende betreut, finden keine weiteren Kontrollen statt. Gerade in kleinen Betrieben ist seit Jahren einfach der Chef der Lehrmeister und Lernende sind in solchen Betrieben oftmals auch als günstige Mitarbeiter angestellt. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn alle Lehrbetriebe regelmässig und unangekündigt kontrolliert würden.

100 **Wir fordern:**

- **Das Recht auf Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**
- **Die 35-Stunden-Woche für Lernende ohne Lohnverlust**
- **Die Möglichkeit den Lehrbetrieb unbürokratisch zu wechseln**
- **Jedes Lehrverhältnis soll mindestens zweimal während der Lehre verdachtsunabhängig kontrolliert werden**
- **Sieben Wochen Ferien für Lernende**
- **Die Abschaffung der Geldbussen an den Berufsschulen**

105

Faire Löhne auch für Lernende!

110 Die Krise hat starke Auswirkungen auf die Arbeiten der Auszubildenden, und damit auch auf mögliche Lohnforderungen. Für die Betriebe ist die Ausbildung von Lernenden profitabler geworden, denn Lernende übernehmen zunehmend Arbeiten von ausgebildeten Fachkräften. Die Ausbildung von Lernenden kommt dabei zu kurz, und im Lohn spiegelt sich die erhöhte Ausbeutung schon gar nicht wieder. Nach Angaben der UnternehmerInnen wird geschätzt, dass Lernende im letzten Lehrjahr etwa 70% des Leistungsniveaus von ausgebildeten Fachkräften erreichen. Auch die Lernenden selber sind im letzten Lehrjahr mit dem Verhältnis von erbrachter Leistung zum Lohn äusserst unzufrieden. Da sie im letzten Lehrjahr auch nur ca. 70% der Arbeitszeit einer ausgebildeten Fachkraft erreichen, wäre zumindest ein halber Facharbeiter-/Innenlohn angemessen. Zudem erhöht ein 13. Monatslohn – der längst nicht Normalität ist - die Lohnzufriedenheit von Lernenden massiv.

115

120 Die Lohnhöhe der Lernenden basieren offiziell auf den Empfehlungen der Berufs- und
Arbeitgeberverbände. Doch seit Marx wissen wir, dass die Lohnhöhe nicht willkürlich ist, dass sie
immer auf den Reproduktionskosten einer Arbeitskraft beruht. Bei Lernenden sind dies die Kosten, die
125 sie ausserhalb des Elternhauses selbst zu tragen haben. Die grössten Ausgabeposten im
Lernendenbudget sind Transport- und Verpflegungskosten sowie die Kosten für den Ausgang – einer
der ökonomischen Ursachen für die Tanzdemonstrationen der letzten Jahre. In den letzten beiden
Lehrjahren machen Lernende zudem häufig ihren Führerausweis und kaufen sich ein erstes Auto, was
den höheren Lohn im letzten Lehrjahr auch bitter nötig macht.

130 Gebühren für Schule, Weiterbildungen Kosten für Arbeitsmittel (z.B. Messwerkzeuge bei
Polymechanikern), Wegkosten zur Schule und zu überbetrieblichen Kursen, Kosten für
Arbeitskleidung und ihre Reinigung schmälern das frei verfügbare Budget der Lernenden enorm.
Obwohl die derzeitige Rechtslage die Betriebe dazu anhält, einige dieser Kosten zu übernehmen,
machen sie in der Praxis das Gegenteil, die Kosten werden zunehmend auf die Lernenden abgewälzt.
Dies hat sich durch die Krise noch verschärft.

Wir fordern:

- 135 • **Mindestlöhne für Lernende und PraktikantInnen**
- **Übernahme aller Ausbildungs- und Arbeitskosten durch die Unternehmen**
- **Gratis ÖV für alle**
- **13. Monatslohn für alle Lernenden**

140 **Zukünftige Zusammenarbeit zwischen Juso und Gewerkschaftsjugenden**

Mit diesem Papier wollen wir einen Prozess anstossen, an dessen Ende die Verschmelzung der Juso
mit den Gewerkschaftsjugenden steht. So können wir uns endlich daran machen, die vorhandenen
145 Ressourcen für Gewerkschaftliche Jugendarbeit real nutzbar zu machen – im Moment mangelt es den
Gewerkschaftsjugenden weniger an Ressourcen als an AktivistInnen die diese auch nutzen können.
Auch können wir wieder an unsere historischen Wurzeln anschliessen – die sozialistische Jugend zu
Beginn des Jahrhunderts war noch die gemeinsame Organisation von Sozialdemokratie und
Gewerkschaften, die Trennung beider Organisationen fand erst später und im Streit statt. Zudem
150 gewinnen wir ein gewaltiges Feld, in dem wir unseren Einfluss geltend machen können – die
Gewerkschaften selber. So können wir unseren Teil dazu beitragen, die gewerkschaftliche Praxis
wieder mit einer sozialistischen Perspektive zu verknüpfen. Auf der anderen Seite gewinnen wir
wertvolle und konkrete Erfahrungen in gewerkschaftlichen Kämpfen. Mit unseren Mitteln – unseren
155 aktiven Mitgliedern, unseren engagierten Vorständen, unseren wichtigen Kantonsparlamentariern,
unserer Zeitung und unseren Websites, mit unseren Verbindungen in SP und neu in die
Gewerkschaften – können wir diesen Kämpfen eine neue Kraft, Schärfe und schon lange nicht
gesehene Intensität geben.

Der logische erste Schritt in diese Richtung wird sein, unsere Mitglieder – egal ob aktiv oder passiv –
dringend dazu anzuhalten, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Eine Mitgliedschaft in einer
160 Gewerkschaftsjugend kostet für Lernende und Studenten im Monat nur so viel wie ein bis zwei Bier.
Und es ist ja nur logisch, dass in der Gewerkschaft nur mitzureden hat, wer Gewerkschaftsmitglied ist.

Der nächste Schritt betrifft die Inhalte unserer politischen Bildung. Die Motivation, sich in den
Gewerkschaften zu engagieren, entsteht nicht von alleine. Dazu brauchen wir umfangreiches
165 politisches Vorwissen. Jedem Mitglied muss klar werden, was Gewerkschaften sind, wie sie
entstanden sind und was dazu geführt hat, dass sie so sind wie sie heute sind. Und ganz besonders
muss uns im Laufe des nächsten Jahres klar werden, wie wir uns die Gewerkschaften der Zukunft

vorstellen. Und dann müssen wir uns die wichtigste Frage stellen: wie kommen wir dahin?

170 Dazu müssen auf allen Ebenen unserer Partei regelmässige Bildungsteile über gewerkschaftliche Arbeit stattfinden. In den politischen Keimzellen unserer Partei, an den Vollversammlungen der Sektionen, muss es zukünftig ein regelmässig gelebtes Traktandum zur Gewerkschaftspolitik geben. Im Laufe der Zeit, wenn das Grundlagenwissen erst einmal gelegt ist und wir zur Praxis schreiten, wird dieses Traktandum vom theoretischem Traktandum immer mehr in die Praxis hinübergeführt werden – natürlich ohne dabei je die theoretischen Grundlagen aus den Augen zu verlieren.

175 Als nächstes sollten wir sicherstellen, dass es auf jeder unserer Ebenen, ob sektional oder kantonal, Gewerkschaftsverantwortliche gibt. Diese sollten sich mit den aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen vertraut machen, und die personelle Verbindung zu den Gewerkschaften herstellen – indem sie sich beispielsweise in die Vorstände der Gewerkschaften wählen lassen.. Auch wenn diese Gremien derzeit wenig jugendlich sind, werden dort wichtige gewerkschaftliche Themen besprochen. So können wir uns ein Bild über die aktuelle Gewerkschaftspolitik machen. Zudem bieten sie uns die Chance, wichtige Netzwerke zu knüpfen um unsere Anliegen in die Gewerkschaften einzubringen.

180 Die Verschmelzung mit den Gewerkschaftsjugenden und die aktive Partizipation an der Gewerkschaftspolitik bergen gewaltige Potentiale für die linke Jugendbewegung der Schweiz. Mit unserer Annäherung an die Gewerkschaften und dem Aufbau einer Gewerkschaftsjugend legen wir den Grundstein zu einer linken Jugendbewegung, wie sie dieses Land bisher noch nicht gesehen hat!

185 **Die JUSO Kanton Zürich strebt hierzu folgende Ziele an:**

- **Den Aufbau und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden**
- **Die Mitgliedschaft ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften**
- **Die Einbindung der Gewerkschaftsarbeit in die Mitgliederversammlungen**
- **Die Wahl von Gewerkschafts-Verantwortlichen in allen Sektionen**
- 190 • **Die Einbindung dieser Verantwortlichen in die Gewerkschaftsvorstände**
- **Die Verschmelzung von Gewerkschaftsjugenden und Partei**